

Unter uns gesagt

Der Veränderungsbedarf ist da, aber...?

Kaum sind wir mit den Mühen des alten Jahres einigermaßen und mit etlichen blauen Flecken zurande gekommen, hat uns schon das neue Jahr 2015 in seinen Fängen.

Und es kommt da einiges auf uns zu, privat und auch sonst. Es sind Zeiten angebrochen, wo wir uns – ob wir wollen oder nicht – nach der Decke strecken müssen. Doch wie sagt man: frisch gewagt, ist halb gewonnen.

Das sollte endlich auch für unsere Bundesregierung gelten, will sie sich nicht auch noch im Jahr 2015 lächerlich machen. Seit Jahren warten an- und ausstehende Reformen, die dem Umsetzungswillen der Damen und Herren in Wien nach eher »Reformchen« werden dürften. Und wenn, dann werden in höchste Etage Entscheidungen gefällt, die eh nur den kleinen Steuerzahlern auf den Kopf fallen.

Auf den Kopf fällt uns auch immer mehr das grassierende Problem der

Arbeitslosigkeit. Sie hat in den umliegenden Ländern mehr als besorgniserregende Ausmaße erreicht und die beschwichtigenden Stimmen unserer Spitzenpolitiker, das wir noch die niedrigsten Arbeitslosenzahlen der EU hätten, sind geradezu schildbürgerhaft. Denn falls man es in Wien noch nicht begriffen hat, die Arbeitslosenzahl nähert sich bereits der 500.000-Marke!

Es muss einfach mehr geschehen, als nur geredet werden. Die prekäre Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation, die auch immer mehr vom gesamten EU-Raum auf uns überschwappt, ruft vermehrt die Politik auf den Plan. Doch wie sieht die Politik in Österreich aus?

Sie besteht in unserem Bürokraten-Staat aus einem längst veralteten Parteien-, Proporz- und Kammern-Gebilde und einer, von Lobbyisten sorgsam gehüteten, undurchblickba-

ren Filzokratie, die von mächtigen Verhinderern abgeschirmt wird.

Das Ergebnis: eine mit Recht politik- und politikerverdrossene Jugend spürt, dass hier nichts vorwärts geht, nichts ohne ehrliche Bestrebungen vorwärtsgehen kann. Hier muss sich wirklich etwas ändern und zwar möglichst bald...

Wenn sich selbst Bundespräsident Heinz Fischer relativ vorsichtig und langsam aus seinem »altkaiserlich-gleichen Schneckenhaus« – der Hofburg hervorwagt, um in seiner Neujahrsansprache ebenso vorsichtig einen »Veränderungsbedarf« für Österreich urgiert, dann ist es bereits fünf nach zwölf...

Seine Beifügung dazu, »dass man, wenn man diesem Veränderungsbedarf nicht oder zu wenig Rechnung trägt, Probleme entstehen, die unsere Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen« hätte er sich ersparen können.

Diese Probleme sind schon seit geraumer Zeit präsent, werden jedoch von verantwortlichen Staatspolitikern ignoriert. Ob es sich dabei um Unfähigkeit, Arroganz, Unwilligkeit oder bewusste Ignoranz handelt, kommt aufs Gleiche heraus.

Man darf dazu erinnern, dass wir in unseren Gemarkungen etliche Persönlichkeiten in Wirtschaft und Politik haben, die diesen »Veränderungsbedarf« schon seit Jahren vergebens reklamieren – in der Wirtschaft beispielsweise unseren oftmals vorpreschenden Voralberger Industriellen-Präsidenten Hubert Bertsch.

Was Bundespräsident Fischer weiter in seiner Neujahrsbotschaft orte,

was jedoch von vielen denkenden Opinion-Leadern auch schon vor geraumer Zeit botschaftsmäßig ans Volk gesendet wurde, ist das »Gefühl mangelnder Perspektiven für die Zukunft, vor allem bei jungen Leuten«. Dass es diesen jungen Leuten am Gefühl für Perspektiven für die Zukunft mangelt, ist kein Wunder. Denn wo und wonach sollen sie sich heute orientieren, wenn rund um sie die sonderlichsten Dinge passieren, wenn die Hintermänner und -Frauen in Washington und an der Wallstreet, in Brüssel, London, Paris, Moskau, Kiew und Berlin in ihrem undurchsichtigen Spiel um Macht und Geld einen auf Kosten friedliebender Menschen immer raueren Ton angeben? Wenn sogenannte »Freihandelsabkommen« zwischen den USA und der EU den geld- und machtgerigen Konzernen noch freieren Spielraum für ihre Vorhaben auf Kosten der Kleinen zuschanzen? Wenn sinnlose Bestimmungen z. B. wie das amtlich verordnete – von den USA übernommene – gastronomische »Allergie-Warnsystem« aus Brüssel unsere regionale Wirtschaft hemmen und Arbeitsplätze gefährden? Unsere junge Generation, die beileibe wirklich nicht die besten Zukunftsaussichten hat, hätte da viele Fragen speziell an die »hohe« Politik. Der Veränderungsbedarf ist – unter uns gesagt – bei Gott groß, aber..?



»Commentatore«

Günther J. Wolf
Gastkommentar

Unternehmer-Workshop der Sparkasse Feldkirch

Zum Workshop „Warum Marken Marken sind“ mit dem Marketingexperten Dr. Wolfgang Frick hat die Sparkasse Feldkirch eingeladen.

Vorstandsdirektor Mag. Anton Steinberger und Bereichsleiter Dipl. BW (FH) Hannes Fehr konnten dabei ausgewählte Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem gesamten Bezirk Feldkirch begrüßen.

Dr. Wolfgang Frick, Autor des Bestsellers „Kunstfehler im Mar-

keting“ zeigte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf, dass eine Marke nicht nur allein das Gesicht nach außen darstellt.

Im Rahmen eines praxisorientierten Workshops wurde mit 10 Thesen über die Bereiche Positionierung, Differenzierung, Zielgruppen und Kontaktpunkte der Weg zum eigenen Markenprofil erarbeitet. Damit wurde die Möglichkeit geboten, die „eigene Marke“ und die damit verbundenen Möglichkeiten und Chancen zu erkennen. (pr)



(v.li.): BL Hannes Fehr, Referent Wolfgang Frick und Vorstandsdirektor Anton Steinberger

Was wäre, we

Der Klostertaler Käse aus Kalifornien

Es ist eine beliebte Kinderfrage. „Was wäre, wenn...?“

Die Äußerungen des deutschen Landwirtschaftsministers Christian Schmid zu den TTIP Verhandlungen lassen dieser Tage aufhorchen und uns Konsumenten genau diese Kinderfrage stellen. Was wäre, wenn Ländle Produkte plötzlich aus den USA kommen würden, ihren Namen aber beibehalten würden? „Wir können nicht jede Wurst und jeden Käse im Sinne der Regionalität namentlich schützen, auch

wenn er das persönlich wolle. Hier müsse man den Amerikanern in den TTIP Verhandlungen wahrscheinlich entgegenkommen“, erklärte Schmid dieser Tage gegenüber deutschen Medien.

Kritische Haltung zum geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP kommt von der Landwirtschaftskammer Vorarlberg. Die Landwirtschaftskammer fordert die EU auf, die TTIP und CETA Verhandlungen transparent zu führen und sicher-